

Südkoreas Innenpolitik 2001/2002: Schwerpunkte und Tendenzen

Manfred Pohl

1 Überblick

Der Berichtszeitraum war geprägt von dem erst langsam, dann schnell hitziger werdenden Wahlkampf um die Präsidentschaft im Dezember 2002, wenn die Amtszeit Kim Dae-jungs abläuft. Der Präsident musste sich mit immer schärferer Ablehnung auseinandersetzen, seine Popularitätsrate, die anfangs bei gut 80% Zustimmung gelegen hatte, stürzte im September 2001 bis auf 20% ab. Korruptionsskandale erfassten die Familie des Präsidenten (s.u.), und aus dem gepriesenen „Saubermann“ wurde gegen Ende seiner Amtszeit ein schwer belasteter Präsident, dessen korruptionsverdächtige Söhne die gesamte Arbeit des Präsidenten im Ergebnis gefährdeten. Der Sohn seines Vorgängers Kim Young-sam, Kim Hyun-chul, musste wegen Korruption 1997 eine dreijährige Haftstrafe antreten, so konnte sich Kim Dae-jung bei seinem Amtsantritt 1998 als „Mr. Clean“ präsentieren (*Far Eastern Economic Review/FEER*, 30.5.2002: 19). Mitte 2002 befand er sich in exakt derselben Lage.

Die „Sonnenscheinpolitik“ zeigte seit ihrer Einführung keine Ergebnisse in Form konkreter Gegenleistungen des Nordens und geriet deswegen immer mehr in die Kritik. Die Bewerber der regierenden Millennium Democratic Party (MDP) um eine Kandidatur für die Präsidentschaft waren schließlich beseelt von dem Wunsch der Hoffnungsvollen, sich möglichst weit von dem Präsidenten zu positionieren, um nicht von negativen Auswirkungen aus der unpopulären Präsidentschaft Kim Dae-jungs beschädigt zu werden (*FEER*, 10.1.2002: 20-21). Die „Sonnenscheinpolitik“ erlebte ihren Tiefpunkt am 29. Juni 2002, als es zu einem Seegefecht zwischen süd- und nordkoreanischen Marineeinheiten kam, bei dem mindestens vier südkoreanische Marinesoldaten fielen und 19 verwundet wurden (*Korea Times/KT/Internet*, 12.7.2002). Die US-amerikanische Regierung forcierte daraufhin alle Vorstöße in Richtung Pjöngjang ein, nachdem Präsident Bush bei seinem Besuch in Südkorea im Februar 2002 noch seine volle Unterstützung für Kims „Sonnenscheinpolitik“ betont hatte (*Neue Zürcher Zeitung/NZZ*, 21.2.2002).

Andererseits ließe sich die Amtszeit Kims durchaus auch als Erfolg werten: Die viel kritisierte Hilfe an Nordkorea erreichte unter Kim Dae-jung nur ein Volumen von 188 Mio. US\$, während sein Vorgänger Kim Young-sam 262 Mio. US\$ in den Norden pumpfte – ebenfalls ohne greifbare Konzessionen Nordkoreas; die öffentliche Kritik an Kim Dae-jung ist also nicht ganz gerechtfertigt (*FEER*, 20.9.2001: 24). Südkorea konnte 19,6 Mrd. US\$ Notkredite aus 1997 an den IWF zurück zahlen, es sind zwar noch 10,7 Mrd. US\$ an Weltbank und ADB zu tilgen, aber die Rückzahlung sollte keine Probleme machen. Die Devisenreserven des Landes sind wieder

auf 97,8 Mrd. US\$ angewachsen, und Wirtschaftsreformen kommen langsam voran. Vielen Koreanern scheint es jedoch, als versuche Kim in zu kurzer Zeit zu viel zu erreichen. Wenige Monate vor dem heißen Präsidentschaftswahlkampf sind noch viele angepackte Probleme gar nicht oder unvollständig gelöst: Die Regierung pumpte umgerechnet 90 Mrd. US\$ in das Finanzsystem, aber die Banken sitzen noch immer auf riesigen, nicht einbringbaren Krediten; drei von zehn Unternehmen können nach Erkenntnissen der Zentralbank nicht genügend Kapital aufbringen, um ihre Schulden zu bedienen, zusammengebrochene Großunternehmen agieren als unproduktive Hüllen weiter, gehalten von Krediten staatlicher Banken – um die Arbeitslosenzahlen nicht weiter beängstigend hochschnellen zu lassen (*Economist*, 1.9.2001: 50).

Die Fußball-Weltmeisterschaft 2002, gemeinsam ausgetragen von Japan und Südkorea, brachte dem Präsidenten zwar die hoch willkommene öffentliche Aufmerksamkeit – gerade auch weltweit, aber es ist sehr zweifelhaft, ob sich die TV-Auftritte bei verschiedenen Spielen für Kim in Popularität für seine Partei in den Wahlen Ende 2002 ummünzen lassen. Zwei Wochen vor Beginn der Fußball-Weltmeisterschaft wurde der jüngste Sohn des Präsidenten wegen Korruption in Haft genommen, und auch gegen die beiden anderen Präsidentensöhne laufen Ermittlungsverfahren (s.u.) (*Süddeutsche Zeitung/SZ*, 4.6.2002: *Wall Street Journal/WSJ/Internet*, 18.5.2002).

Die Tektonik in der Parteienlandschaft hat sich ebenfalls nicht zugunsten Kim Dae-jungs entwickelt: Die United Liberal Democrats (ULD) unter Königsmacher Kim Jong-pil kündigten die Koalition mit Kim Dae-jungs MDP und stärkten so die parlamentarische Ablehnungsfront gegen die meisten politischen Vorhaben des Präsidenten, vor allem den Widerstand gegen seine „Sonnenscheinpolitik“ gegenüber dem Norden. Die größte Oppositionspartei, die Grand National Party (GNP) unter Lee Hoi-chang, kann sich inzwischen immer besser positionieren, und die Chancen Lees auf eine erfolgreiche Präsidentschaftskandidatur schienen zu wachsen. Kim seinerseits hat nur noch wenig Zeit, bis Dezember 2002 einen möglichen Nachfolger zu präsentieren, der für die Wähler attraktiv ist, wenn auch in dieser Frage gegen Jahresmitte in Gestalt von Roh Moo-hyun eine akzeptable Lösung für die MDP gefunden wurde. Immer mehr wurde auch Kim zu einer „lame duck“, die in den letzten Monaten seiner Amtszeit nicht genug politischen Spielraum hat, um noch Ziele umzusetzen (*Newsweek*, 17.9.2001: 50-51).

Soziale Konflikte verschärfen sich ebenfalls gegen Ende der Amtszeit Kim Dae-jungs: Streiks belasteten den inneren Frieden, besonders die geplanten Privatisierungen im Energiesektor lösten Arbeitskämpfe aus. Im März 2002 traten 5.000 Beschäftigte der Korea Electric Power in einen mehrwöchigen Streik, um gegen die Privatisierung des Energieversorgers zu protestieren. Die Regierung setzte schließlich Militär ein, um die 32 thermischen Kraftwerke vorübergehend in Betrieb zu halten (*Straits Times/ST/Internet*, 19.3.2002). Die Führer der Streikenden hatten sich vorsichtshalber in die Myondong-Kathedrale geflüchtet, da sie Verhaftungen fürchteten; Kim betonte unbeirrt seine Privatisierungspläne (*Yonhap/Internet*, 19.3.2002). Angesichts der Drohung der Korean Confederation of Trade Unions (KCTU) (s.u.),

einen Generalstreik auszurufen, lenkte die Regierung ein und kündigte die Wiedereinstellung aller streikenden Arbeiter an, aber die Rädelsführer sollten bestraft werden (Yonhap/Internet, 26.3.2002). Wie tief der soziale Bruch reichte, ließ sich daran ablesen, dass die Gewerkschaften im Mai 2002 nicht davor zurückscheuten, die Fußball-Weltmeisterschaft zu gefährden, das größte Ereignis für Südkorea seit den Olympischen Spielen in Seoul von 1988. Metall- und Chemiarbeiter legten zuerst die Arbeit nieder, es folgten 26.000 Beschäftigte in Krankenhäusern, und auch 12.000 der 230.000 südkoreanischen Taxifahrer stoppten ihren Wagen. Am zweiten Tag des Streiks waren 41 Krankenhäuser betroffen, wenn auch die Regierung abwiegelte: Nur 2.000 Krankenhausbedienstete von 22.000 seien im Ausstand, hieß es. Demonstrationen in der Nähe von Fußballstadien wurden verboten (ST/Internet, 24.5.2002). Wieder war die KCTU mit ihren 600.000 Mitgliedern federführend, ausgerechnet die Gewerkschaftsorganisation, die Kim Dae-jung erst während seiner Amtszeit legalisiert hatte. Ziel der Streiks waren Lohnerhöhungen, die 40-Stunden-Woche sowie – natürlich – der Kampf gegen Privatisierungen (*South China Morning Post/SCMP/Internet*, 22.5.2002).

2 Positive Bilanz der inneren Sicherheitspolitik?

Kim Dae-jung ist auch als Präsident der inneren Aussöhnung angetreten, deshalb muss gegen Ende seiner Amtszeit eine Bilanz der Entwicklungen bei den früher drakonischen Sicherheitsgesetzen und ihrer Anwendung gestattet sein: Die Frage nach der Menschenrechtslage in Südkorea unter Kim Dae-jung ist zu stellen. Bei genauerer Betrachtung ist unter Kim zweifellos eine deutliche Verbesserung der Menschenrechtssituation in Südkorea zu erkennen – aber eben nur eine Verbesserung, keine grundsätzliche Wende hin zu einer wirklichen Bürgergesellschaft. Am 23. Mai 2001 unterzeichnete der Präsident das Gesetz über die Nationale Menschenrechtskommission, das dieses Gremium ermächtigt, Beschuldigungen gegen staatliche Stellen wegen Menschenrechtsverletzungen zu untersuchen. Das Gesetz zählt zu den Wahlkampfbzusagen des Präsidenten aus 1997; es dauerte drei Jahre, bis ein Kompromisstext zwischen Ministerien, Regierung und Opposition ausgehandelt war. Das neue Gesetz trat im November 2001 in Kraft. Die Kommission besteht aus elf wechselnden Mitgliedern, darunter ein Vorsitzender und drei ständige Mitglieder. Die Kommission kann Akteneinsicht in allen Ministerien und Behörden verlangen, die der Menschenrechtsverletzung beschuldigt werden (*Korea Now/KN*, 2.6.2001: 5).

Zu den Aktiva der Menschenrechtspolitik Kim Dae-jungs zählt die sehr viel vorsichtigere Anwendung des National Security Law (NSL) im Vergleich zur Vorgehensweise früherer Präsidenten. Stets war früher das Gesetz auch als politisches Druckmittel zur Einschüchterung von Regimekritikern eingesetzt worden, hier zeigt die Statistik deutliche Verbesserungen; durch Überarbeitung unscharfer oder dehnbarer Passagen des NSL wurden klarere Sachverhalte und Handlungsleitlinien gefunden. Ein Jahr vor Amtsantritt Kim Dae-jungs (1997) wurden 641 Festnahmen auf Grund des NSL verzeichnet, 1998 sank die Zahl solcher Festnahmen auf 465, 1999

auf 312, im Jahr 2000 schließlich wurden nur noch 130 Festnahmen auf Grund des NSL registriert (KN, 5.5.2001: 10-11).

In diesem Zusammenhang ist ein kleiner Exkurs angebracht: Das offizielle Südkorea hat Probleme, mit den eigenen Spionen, und das heißt mit der eigenen früheren offensiven Agententätigkeit in Nordkorea, umzugehen: Seit den 50er-Jahren wurden Zehntausende von Agenten mit ihrer eigenen Zustimmung unter brutalen Ausbildungsmethoden auf Infiltrationsaktionen in Nordkorea vorbereitet und nach Norden geschleust. Die meisten wurden enttarnt und hingerichtet, die Rückkehrer sind durch ihre unmenschliche Ausbildung und durch die stressbelasteten Erfahrungen im Nordkoreaeinsatz mental geschädigt. Zudem werden diese Agenten offiziell nicht anerkannt, denn es darf sie eigentlich nicht gegeben haben: Der Waffenstillstandsvertrag von Panmunjom zwischen Nord- und Südkorea untersagt ausdrücklich offensive Spionagetätigkeit, obwohl sich beide koreanischen Staaten daran nie wirklich gehalten haben. 2001 hat die südkoreanische Regierung schließlich „ihre“ Spione und Agenten offiziell anerkannt, sie erhalten jetzt Pensionen und Entschädigungszahlungen für Krankheiten aus den Einsätzen (manche wurden über zehn Mal in den Norden geschleust). Da ihre Aktionen aber so geheim waren, existieren kaum Dokumente, und viele Spione gehen leer aus; im März 2002 kam es deswegen zu einem gewaltsamen „Aufstand der Spione“, die endlich Entschädigung und Alterssicherung wollten (*Newsweek*, 29.4.2002: 5). Dennoch sind sie Patrioten: Vor dem Besuch des japanischen Regierungschefs Koizumi im April 2002 schlachteten sie ein Schwein vor der japanischen Botschaft in Seoul, um gegen den zeremoniellen Besuch Koizumis im ultranationalistischen Yasukuni-Schrein (Tokyo) zu protestieren (*SCMP/Internet*, 24.4.2002).

Ein weiterer hoch sensibler Punkt für die Regierung Kim Dae-jung war der Umgang mit den Medien, die von anfänglich positiver Grundeinstellung relativ rasch auf eine überaus kritische Haltung gegenüber dem Präsidenten einschwenkten. Der Präsident war zweifellos häufig tief getroffen von den Angriffen in den Medien, besonders die Kritik an seiner „Sonnenscheinpolitik“ dürfte ihn unmittelbar belastet haben. Dennoch ist in seiner Amtszeit kein gravierender Fall einer staatlichen Zwangsmaßnahme gegen einzelne Medien zu verzeichnen. Allerdings regt sich der Verdacht, dass die Regierung Kim Dae-jung härter gegen Medien vorging, je näher die Präsidentenwahlen 2002 rückten: So überzog die Regierung 2001 die größten Tageszeitungen und TV-Stationen mit Steuerprüfungen: 23 Medienorganisationen wurden aufgefordert, zusammen umgerechnet 400 Mio. US\$ an Steuern nachzuzahlen, gegen drei der größten Tageszeitungen (*Chosun Ilbo*, *Joongang Ilbo*, *Dong-A*) wurden Verfahren wegen Steuerhinterziehung eingeleitet, die Eignerfamilien müssen ebenfalls mit Strafen rechnen. Die drei Zeitungen sind inzwischen die schärfsten Kritiker der „Sonnenscheinpolitik“ Kims (*FEER*, 9.8.2001: 22). In der Öffentlichkeit werden die Maßnahmen gegen die Verlegerfamilien durchaus nicht nur kritisch gesehen, sondern auch als berechtigt gewertet (*Economist*, 1.9.2001: 50). Im Februar wurden die beiden Eigner der *Dong-A Ilbo* zu drei bzw. dreieinhalb Jahren Haft und einer Geldstrafe von 4,5 Mrd. Won (3,8 Mio. EUR) verurteilt, die Berufungsverfahren laufen noch (*Asian Wall Street Journal/AWSJ*, 5.2.2002).

Unter Kim Dae-jung wurde die KCTU legalisiert, die Lehrgewerkschaft (Unterorganisation der KCTU) erhielt einen vollen rechtlichen Status, so dass ein großer Teil der Gewerkschaftsbewegung entkriminalisiert wurde. Die Regierungsstatistik, mit der die Errungenschaften während der Ära Kim belegt werden sollen, geraten manchmal allzu detailliert und damit in den Bereich des Absurden. So listet der Menschenrechtsbericht penibel auf, dass zwischen 1995 und 1997 33.553 Demonstrationen mit insgesamt 4,8 Mio. Teilnehmern organisiert wurden. Dabei wurden bei 505 Gelegenheiten 188.665 Molotow-Cocktails geworfen, die Polizei setzte 477.233 Tränengaskanister ein; demgegenüber wurden zwischen 1998 und 2000 nur 1.529 Brandsätze bei 16 Ereignissen gezählt, die Polizei verschoss nur 1.529 Tränengaskanister; seit September 1998 setzte die Polizei überhaupt kein Tränengas mehr ein (KN, 5.5.2001: 10-11).

Einige der Verbesserungen, auf die im Bericht mit einigem Stolz hingewiesen wird, verdeutlichen in der Rückschau, wie rücksichtslos bislang auch in der jungen koreanischen Demokratie mit selbst kleinsten Straftätern umgegangen wurde. Unter Kim Dae-jung kamen z.B. Verkehrssünder, Ehebrecher/innen, Personen, die einen ungedeckten Scheck eingereicht hatten, sowie alle, die sich kleinerer Ordnungswidrigkeiten schuldig gemacht hatten, *nicht mehr* in *Polizeihaft*. Durch diese Regelung hat sich die Rate der Festnahmen drastisch verringert. Häftlinge in Gefängnissen werden nicht mehr angekettet, Beschuldigte können jetzt *von Beginn des Verfahrens an (!)* Rechtsbeistand beanspruchen. Daneben wurde eine Kontrollinstanz eingeführt, die illegale Untersuchungen der Polizeibehörden unterbinden kann. Zweifellos zu den großzügigsten Maßnahmen Kim Dae-jungs zählte die Repatriierung von 63 nordkoreanischen Häftlingen aus südkoreanischen Gefängnissen nach Nordkorea, mit diesem Schritt ging Kim ein innenpolitisches Risiko ein. Die Nordkoreaner – fast alle als Spione nach dem NSL verurteilt – hatten sich geweigert, dem Kommunismus abzuschwören und mussten teils jahrezehntelange Haftstrafen absitzen. Auch südkoreanische Gefangene kamen in den Genuss von Amnestien; in der Amtszeit Kim Dae-jungs wurden insgesamt sechs Amnestien verkündet, um die nationale Harmonie zu stärken. Bei Amtsantritt amnestierte Kim 5,53 Mio. Straftäter, später folgten seit 1998 noch weitere 50.000. Noch immer kann die Polizei verlangen, dass bestimmten Personen Reisen ins Ausland untersagt werden. Im Oktober 1998 standen 2.641 Namen auf solchen schwarzen Listen, Ende 2000 waren es immerhin noch 1.885 Personen, denen es verboten war, Auslandsreisen zu unternehmen – auch diese Entwicklung wurde als Erfolg dargestellt (ebd.).

Auf dem Gebiet der Rechtspflege kann die Regierung Kim ebenfalls auf eindeutige Verbesserungen verweisen: Menschen, die monatlich weniger als 1,5 Mio. Won verdienen (ca. 13,34 Mio. Bürger oder 28,6% der Bevölkerung), können bei Rechtsstreitigkeiten jetzt auf staatliche Hilfe für die Anwalts- und Verfahrenskosten zählen. Die Korea Legal Aid Corp. hat seit April 2000 Rechtsberatung für 24.081 Personen geleistet und die Verfahrenskosten in 1.697 Fällen übernommen. Unter dem Druck der Regierung haben die Anwälte, die an dem Rechtshilfeprogramm teilnehmen, ihre Honorarforderungen schlicht halbiert (ebd.: 11).

3 Neues Antikorruptionsgesetz: ein Durchbruch?

Am 20. Juli 2001 unterzeichnete Kim Dae-jung ein neues, schärferes Antikorruptionsgesetz, das vor allem die „urkoreanischen“ Wurzeln der Korruption ausreißen helfen soll. Diese Wurzeln sind Klientelismus, Faktionismus, Regionalismus und staatliche Überregulierungen bei der Ausstellung von Genehmigungen; es geht um Lizenzen auf Seiten der Staatsapparate, und neben diesen Wust von Regulierungen treten unklar formulierte Vorschriften und Regeln, die von Beamten willkürlich interpretiert werden können. Die eigentliche politische Korruption im engeren Sinne unter den politischen Eliten entwickelte sich aus dem schier endlosen Geldbedarf der Politiker, die ihre Klientel „bedienen“ müssen. Bestechungsgelder flossen vor allem aus den Großkonglomeraten (*chaebôl*), die daraus Hilfestellung durch Repräsentanten der politischen Klasse erwarteten. Faktionismus in den Parteien, finanzielle Zwänge (Geschenke) aus persönlichen Beziehungen, die unverzichtbar für den Erhalt regionaler Machtbasen sind, und Schmiergelder, die Entscheidungsprozesse staatlicher Stellen beschleunigen sollen. Hier vor allem liegt die Begründung für „offizielle Korruption“: Regularien und Entscheidungsverfahren sind komplex und mehrdeutig, die Ermessensspielräume von Beamten sind zu groß, die Folge ist eine bedenkliche Machtfülle auch rangniedriger Bürokraten, die zudem noch versucht sind, ethische Grundsätze zu unterlaufen: „The mindset of public officials often tends to overlook the code of ethics and official/personal distinctions. Furthermore, the social climate of a traditional society tends to stress blood ties, hometown ties, school ties and, more recently, selfish individualism“ (*KN*, 19.5.2001: 11). Das neue Gesetz zielt vor allem auf korrupte öffentlich Bedienstete, gegen die in Zukunft stärker mit Hilfe von Bürgerinformationen vorgegangen werden soll. Beschwerden von ihnen werden anonym behandelt, und Maßnahmen gegen Korruption sollen schneller und effizienter durchgesetzt werden. Eine Kommission aus elf Mitgliedern wird die Maßnahmen koordinieren und darüber wachen, dass Strafmaßnahmen konsequent umgesetzt werden; das gilt vor allem für die Wiederbeschäftigung abgestrafter Beamter. Die Kommission kann ebenfalls staatsanwaltliche Maßnahmen gegen Spitzenbürokraten, Bürgermeister von Großstädten, hohe Polizeioffiziere und Armeeeoffiziere, Staatsanwälte (!), Richter und Parlamentarier initiieren; wenn die Staatsanwaltschaft nicht tätig wird, kann die Kommission sich direkt an Obergerichte wenden (*KN*, 28.7.2001: 5). Noch effizienter aber scheint inzwischen eine Organisation zu arbeiten, die unter der Bezeichnung Korea Deposit Insurance Corp. (KDIC) am ehesten als Steuerfahndung zu übersetzen wäre. Die KDIC verfolgt Geldwäscher und korrupte Beamte mit anonymen Namenskonten sogar im Ausland und zwingt sie, nach Südkorea zurückzukehren, wo sie jetzt harte Strafen zu erwarten haben (*FEER*, 4.10.2001: 36-37).

4 In der Schusslinie: Die Familie des Präsidenten

Die Gesetzesinitiativen des Präsidenten vermitteln ein überaus positives Bild – die Realität wirft dunkle Schatten. Der dritte und jüngste Sohn des Präsidenten, Kim

Hong-gul, geriet schon im Mai 2002 in das Visier der Staatsanwaltschaft, weil er seinen Einfluss bei einer Lizenzvergabe für Tiger Pools International eingesetzt haben soll, die Firma betreibt die erste koreanische Sportlotterie. Es ging um geldwerte Anteile an der Firma, die nach Zeugenaussagen direkt an Kim Hong-gul übergeben worden waren, andere Zeugen sagten aus, dass ein Mittelsmann (Choi Kyu Sun) die Anteile für Kim in Verwahrung genommen habe (*Korea Herald/KH/Internet*, 3.5.2002). Die Anklage sprach von 3,5 Mrd. Won (3 Mio. EUR) Bestechungsgeldern und 225 Mio. Won (200.000 EUR) hinterzogenen Steuern. Bereits seit 18. Mai 2002 saß Kim Hong-gul in Haft (*Financial Times Deutschland/FTD*, 6.6.2002), weil die Staatsanwaltschaft Verdunklungsgefahr vermutete. Während im Juni gegen Kim Hong-gul Anklage erhoben wurde, nahmen die Strafverfolgungsbehörden auch den zweitältesten Sohn des Präsidenten fest: Kim Hong-up wurden ebenfalls Korruption und illegale Einflussnahme vorgeworfen, auch hier erfolgte die Verhaftung wegen des Verdachts auf Vernichtung von Beweismitteln (*SZ*, 22./23.6.2002). Die Partei des Präsidenten wandte sich schließlich sogar gegen ihn: Parteichef Suh Chung Won behauptete, Mittelsmann bei den dubiosen Geldtransfers sei der persönliche außenpolitische Berater des Präsidenten Choi Kyu Chun gewesen, somit wäre Kim Dae-jung selbst also in die Korruptionsaffäre verwickelt (*FEER*, 30.5.2002: 19; *Newsweek*, 27.5.2002: 6). Die Distanzierung der MDP von Kim war nur zu verständlich, schließlich standen im Juni Kommunalwahlen bevor, und die Partei musste mit Rechte befürchten, wegen der Affären der Präsidentensöhne Schaden zu nehmen, obwohl Kim Dae-jung Anfang Mai seinen Parteiaustritt erklärt hatte, um eben diesen Effekt zu minimieren (ebd.); ein solcher Schritt war schon früher üblich. Die öffentliche Entschuldigung von Kim Dae-jung am 6. Mai bewirkte kaum etwas, vielmehr richtete sich der öffentliche Zorn gegen einen Präsidenten, der angetreten war, die Korruption zu bekämpfen – und nun offensichtlich gescheitert war (*Economist*, 11.5.2002: 58). Nicht nur die Präsidentensöhne, sondern auch andere Familienmitglieder des Präsidenten standen unter Korruptionsverdacht und auch Dutzende von MDP-Parteimitgliedern oder Persönlichkeiten aus ihrem Umkreis wurden unter Korruptionsverdacht festgenommen. Ein Neffe Kims sowie eine Reihe von Kabinettsmitgliedern und Beratern des Präsidenten wurden von der Staatsanwaltschaft verhört (*AWSJ*, 28.1.2002).

Die Skandale haben seither die Machtverteilung innerhalb der MDP radikal verändert, die Spitzenbewerber um die Präsidentschaft mussten zumindest vorübergehend aus dem Rennen ausscheiden, das gilt für Rhee In-je und Hahn Hwa-kap, während die Chancen von Roh Moo-hyun kometenhaft stiegen (*KH/Internet*, 3.5.2002). Der MDP-Spitzenkandidat für die Präsidentschaft führte noch im Mai deutlich vor seinem Konkurrenten Lee Hoi-chang (20% zu 8%), aber die Verfahren gegen die Präsidentensöhne warfen ihn erkennbar zurück. Die MDP konnte nur eine Zustimmung von 27% verzeichnen, während die oppositionelle GNP bei 35% lag (ebd.; *Economist*, 11.5.2002: 58).

5 Kabinettsumbildungen 2001/02 und Neuformierung der MDP-Führung

Ein erfolgreiches Misstrauensvotum gegen Wiedervereinigungsminister Lim Dong-won veranlasste Präsident Kim, am 7. September 2001 fünf der 20 Minister seines Kabinetts auszuwechseln. Lim war in die Schusslinie der harten Konservativen in der oppositionellen GNP geraten, weil er die Reise einer zivilen südkoreanischen Delegation zu Vereinigungsfestlichkeiten in Pjöngjang (Mitte August) gestattet hatte; vor allem aber Kim Jong-pil hatte die Reise heftig kritisiert. Der Grund: Die 311 südkoreanischen Delegierten durften reisen, aber sie sollten nicht an Kundgebungen zu Ehren nordkoreanischer Führer teilnehmen, aber rund die Hälfte zeigten sich vor dem Denkmal für Kim Il-sung (*FEER*, 20.9.2001: 24). Danach war Lim nicht mehr zu halten, obwohl er als Architekt der „Sonnenscheinpolitik“ Kim Dae-jungs gelten konnte. Trotz der personellen Veränderungen in der Ministerriege blieben die Konstanten in Kernbereichen von Kims Politik erhalten: Die Wirtschaftspolitik und die Grundsätze der „Sonnenscheinpolitik“ gegenüber dem Norden wurden von Umbesetzungen nicht berührt. Vor allem der Nachfolger Lim Dong-wons, der südkoreanische Botschafter in China, Hong Soon-young, stand für Kontinuität in der Politik gegenüber Nordkorea (*FEER*, 20.9.2001: 5). Er war bereits einmal (Oktober 1998 bis Januar 2000) Außenminister (Kims erster Außenminister überhaupt), bevor er als Botschafter nach Beijing ging. Die Umbesetzungen im Kabinett aber zeigten vor allem, dass die Koalition der MDP mit der ULD am Ende war: Präsident Kim entließ alle drei ULD-Minister (Landwirtschaft, Bauwesen/Verkehr, Fischerei/maritime Wirtschaft), sie wurden durch MDP-Politiker ersetzt, deren wenig profilierte Statur darauf deutete, dass Kim diese Ressorts wesentlich selbst mit beeinflussen wollte. Eingedenk der Kritik, dass er zu viele politische Spitzenpositionen mit eigenen Landsleuten besetzt habe, benannte er die neuen Minister nach einem sorgfältig ausbalancierten regionalen Proporz, alle fünf neuen Minister stammten aus verschiedenen Teilen des Landes. Die Tatsache, dass der Chef des „Wirtschaftsteams“, Vizeministerpräsident Jin Nyum, und die übrigen wirtschaftspolitischen Schlüsselressorts nicht ersetzt wurden, unterstrich Kims Entschlossenheit, auch in den letzten Monaten seiner Amtszeit die Wirtschaftsreformen fortzusetzen.

Ende Januar 2002 entschied sich Kim für eine weitere, die vorletzte Kabinettsumbildung, wenig später folgte jedoch noch ein weiteres Revirement. In erster Linie war das Opfer dieser zweiten Maßnahme Außenminister Han Seung-soo, dem die gespannten Beziehungen zu den USA zur Last gelegt wurden. Han war zu diesem Zeitpunkt Präsident der 56. UN-Vollversammlung, daher wirkte die Entlassung doppelt peinlich nach außen. Sein Nachfolger wurde Choi Sung-hong, dessen vorrangigste Aufgabe eine Entkrampfung der Beziehungen zu den USA sein musste, denn der Besuch Präsident Bushs in Südkorea stand unmittelbar bevor (*Financial Times/FT*, 5.2.2002). Von 24 Ministern wurden im Januar neun ausgetauscht, darunter die Ressorts Erziehung und Bildung sowie Vereinigungsfragen. Verwunderung und Kritik löste die Entlassung des Vereinigungsministers Hong Soon-young

am 4. Februar aus, manche Beobachter werteten diesen Schritt als „Verbeugung“ gegenüber Pyongyang: Die nordkoreanische Führung hatte Hong beschuldigt, den Abbruch der bilateralen Ministergespräche provoziert zu haben; schon früher hatte Kim Minister nach Kritik aus Nordkorea entlassen (*Chungang Ilbo*/Internet, 4.2.2002; *Yonhap*/Internet, 4.2.2002). Kims Stabschef Lee Sang-joo wurde am 29.1. Erziehungsminister und stellvertretender Ministerpräsident, Vereinigungsminister wurde Jeong Se-hyun, der vorher Sonderberater des National Intelligence Service war und als Spezialist für intrakoreanische Fragen gilt. Die Kabinettsumbildung war geprägt von der Absicht Kims, alle „Politiker“ aus dem Kabinett zu entfernen und Wirtschaftsfachleute, ehemalige Sekretäre des Präsidialamtes bzw. Beamte an ihre Stelle zu setzen, um faire Lokalwahlen (Juni) und Präsidentenwahlen (Dezember) sicherzustellen; die ausscheidenden Minister waren sämtlich Parlamentarier der MDP. Im Amt blieben der Regierungschef Lee Han-dong und die meisten Minister der Wirtschaftsressorts. Zugleich mit der Kabinettsumbildung ersetzte der Präsident auch die meisten seiner Berater im Präsidialamt Chong Wa Dae (*KN*, 9.2.2002: 5-7). Auf seinem Posten blieb jedoch der Finanzminister und politische „Überlebenskünstler“ Jin Nyum, aber offenbar nur, weil Kim keinen geeigneten Ersatz fand: Nur noch ein knappes Jahr bis zur Präsidentenwahl bei steil sinkender Popularität des Präsidenten war dieses Amt unter ehrgeizigen Politikern kaum begehrt (*FT*, 30.1.2002).

Parallel zur Kabinettsumbildung fand auch ein Wechsel an der Spitze der MDP statt (10. September), der ergänzt wurde durch Umbesetzungen im Sekretariat des Chong Wa Dae. Neuer Parteichef der MDP wurde der frühere Stabschef des Präsidialamtes, Han Kwang-ok, der wesentlich zur Bildung der (damals schon zerbrochenen) Koalition mit der ULD beigetragen hatten; Han galt als enger Vertrauter des Präsidenten, wie der Präsident stammt er aus der Cholla-(Jeolla-)Provinz (C.-Nord). Der Präsident hatte damit wieder einen Landsmann aus Cholla in eine Schlüsselposition gehoben und bestätigte damit letztlich die Kritik, die besonders sein Vorgänger Kim Young-sam erhoben hatte (*Nihon Keizai Shinbun/Nikkei*, 8.2.2002). Nachfolger Hans als Stabschef des Präsidenten wurde Lee Sang-joo; mit ihm gelangte erstmals ein Repräsentant der akademischen Welt in diese zentrale Machtposition, die sonst profilierten Politikern oder Spitzenbürokraten vorbehalten ist: Lee (Kyongsang/Gyeongsang-Nord) ist Erziehungswissenschaftler und war Präsident der Universitäten von Kangwon National, Ulsan und Hallym, dann wurde er Präsident der Academy of Korean Studies. Fünf weitere Sekretäre aus dem Stab wurden ebenfalls ersetzt, darüber hinaus berief Kim den zurückgetretenen ehemaligen Vereinigungsminister Lim Dong-won als Berater für Außenpolitik, Sicherheitsfragen und Vereinigungspolitik im Ministerrang – offenbar um Lims Erfahrungen weiterhin nutzen zu können (*KN*, 22.9.2001: 8-9). Die Schaffung dieses neuen Amtes und die Berufung Lims löste heftige Kritik aus; Lee Hoi-chang von der oppositionellen GNP bezeichnete die Ernennung als „Verächtlichmachung“ der Öffentlichkeit, wenn ein geschasster Politiker auf dem Umweg wieder zur Macht zurückkehrt (*NAPSNet Daily Report*/Internet, 11.9.2001).

Die vermutlich letzte Kabinettsumbildung folgte im Juli 2002, eine Frau kam in das höchste Kabinettsamt. Schon bei der Kabinettsumbildung im Januar hatte Präsident Kim eine Frau auf eine hochrangige Position berufen: Frau Park Sun-sook wurde Pressesprecherin des Präsidenten (Yonhap/Internet, 29.1.2002). Die neue Regierungschefin Chang Sang musste unter denkbar ungünstigen Rahmenbedingungen ihr Amt antreten: Die oppositionelle GNP war entschlossen, die amerikanische Staatsangehörigkeit ihres Sohnes zum Thema bei den Anhörungen vor dem Parlament zur Bestätigung als Ministerpräsidentin zu machen. Zum ersten Mal in der Geschichte Südkoreas wurde eine Frau Regierungschefin, damit hatte sie einen Vorteil gegenüber der Opposition, denn jeder Widerstand konnte auch als Diskriminierung einer Frau ausgelegt werden – und Südkoreas Frauen hatten in den letzten Jahren ein zunehmendes politisches Bewusstsein bewiesen (KT/Internet, 12.7.2002). Allerdings spiegelt sich das nicht in der Zusammensetzung des Parlaments wider: Von 274 Abgeordneten sind nur 16 Frauen (5,9%), auf lokaler Ebene ist das Bild noch düsterer: Von ca. 4.100 Lokal- und Regionalabgeordneten sind nur 3,4% Frauen (KT/Internet, 11.7.2002). Frau Chang war Präsidentin der angesehenen Ehwa Women's University, ihr ältester Sohn wurde 1973 in den USA geboren, als sie dort studierte, damit erhielt er automatisch die US-Staatsbürgerschaft. Nach ihrer Rückkehr 1977 entschied sie sich dafür, diese beizubehalten und die südkoreanische für ihn aufzugeben – eine doppelte Staatsbürgerschaft war damals in Südkorea nicht möglich (ebd.). Ein weiteres Problem: Changs Sohn studierte gerade in den USA und hatte deshalb (noch) nicht seinen Wehrdienst absolviert, ein Negativum, das sich schon für Kim Young-sam nachteilig ausgewirkt hatte (ein Sohn hatte aus „gesundheitlichen“ Gründen den Wehrdienst umgangen). Die GNP agierte aber noch aus einem anderen Grund sehr vorsichtig: Auch der Sohn Lee Hoi-changs wurde kritisiert, weil er angeblich vor der Geburt seines Sohnes in die USA gegangen sei – aus eben dem Grund der Staatsbürgerschaft.

Die Opposition sah in dem neuen Kabinett nicht die gewünschte „neutrale“ Regierung, die die Wahlen steuern sollte, sondern ein Pro-Kim-Kabinett. Zwar wurden sieben Minister ausgetauscht, aber nur die Entlassung des Verteidigungsministers Kim Dong-shin erregte einige Aufmerksamkeit: Die Öffentlichkeit lastete ihm schwere Verfehlungen in Zusammenhang mit dem Seegefecht vom 29. Juni an. Bis auf seine Entlassung blieben alle Minister im außen- und sicherheitspolitischen Bereich auf ihren Posten, und auch alle Minister der Wirtschaftsressorts konnten ihre Arbeit fortsetzen. Nicht nur die GNP kritisierte den Präsidenten für die neue/alte Ministerriege, auch der Präsidentschaftskandidat Roh Moon-hyun warf Kim Dae-jung vor, nicht das Gebot der Neutralität für das „letzte“ Kabinett beachtet zu haben – ein Beleg für die zunehmende Distanzierung prominenter MDP-Politiker von Kim. Roh hatte gefordert, dass Kim auch die GNP an der Benennung von Kandidaten für die Ministerriege beteiligt, um wirkliche Neutralität zu gewährleisten (KH/Internet, 12.7.2002).

6 Positionierungen für die Präsidentenwahlen 2002

Die Skandale haben seither die Machtverteilung innerhalb der MDP radikal verändert, die Spitzenbewerber um die Präsidentschaft mussten zumindest vorübergehend aus dem Rennen ausscheiden, das galt für Rhee In-je und Hahn Hwa-kap, während die Chancen von Roh Moo-hyun kometenhaft stiegen (*KH/Internet*, 3.5.2002).

Das Jahr 2001 und die ersten Monate dieses Jahres waren wie kaum jemals zuvor geprägt von komplizierten Positionskämpfen zwischen führenden Repräsentanten der politischen Klasse, die sich neben oder hinter möglichen Bewerbern um die Präsidentschaft platzieren wollten. Wieder einmal standen die „drei Kims“ im Mittelpunkt des medialen Interesses, sie hatten auch bei vorangegangenen Wahlkämpfen Schlüsselrollen gespielt, teils als Bündnispartner, teils als direkte Bewerber: der Vorgänger Kim Dae-jungs im Präsidentenamt, Kim Young-sam, Kim selbst und sein ehemaliger Koalitionspartner Kim Jong-pil, Chef der ULD. In allen Präsidentschaftswahlen seit 1987, als erstmals der Präsident direkt gewählt wurde, gab es drei Kandidaten, die jeder mindestens 15% der Stimmen erhielten. Die drei standen und stehen noch immer für eine regionalisierte Politik, die Präsident Kim zwar abschaffen wollte, die er selbst aber auch massiv betrieben hat: Viele politische Spitzenpositionen gingen im Laufe seiner Amtszeit an Landsleute aus Cholla (Jeolla). Für die ULD ging es Ende 2001 bei den „Bündnisverhandlungen“ aber auch um das schiere Überleben, denn die Zerwürfnisse mit Kim und seiner MDP gefährdeten die Partei; ULD-Parlamentarier verließen die Partei und schlossen sich der großen Oppositionspartei GNP an. GNP-Führer Lee Hoi-chang begrüßte zwar den Parteiwechsel der beiden, betonte aber, aus seiner Sicht sei dieser Schritt nicht gegen die beiden anderen Kim gerichtet (Sohn Suk-jo, „‘Art of War’ in Korean Politics“, in: *KT/Internet*, 30.10.2001, zit. fortan Sohn). Kim Jong-pil (JP) kann maximal auf 5% der Stimmen rechnen, dürfte also bis Herbst aus dem Rennen ausscheiden (wie früher auch schon). Aber er kann zum Königsmacher werden, indem er seinen Stimmenblock einem anderen Kandidaten „anbietet“, als Gegenleistung wäre er – wie unter Kim Dae-jung – an der Macht beteiligt (*KN*, 12.1.2002: 15). Im Januar 2002 gab JP seine Kandidatur für die Präsidentschaft bekannt, zugleich kündigte er die Gründung einer neokonservativen Partei „für alle Patrioten“ an. Kernpunkt seines Programms war wieder die Einführung eines parlamentarischen Kabinettsystems, wie in den Wahlen 1998; er sagte zu, im Falle eines Wahlerfolges 2004 zurückzutreten und als „zeremonieller Präsident“ weiterzumachen (*KN*, 26.1.2002: 12).

Der frühere Präsident Kim Young-sam und Kim Jong-pil, Geheimdienst- bzw. Spionagechef unter Park Chung-hee und starker Mann im Nordwesten bzw. im Zentrum Koreas, planten im Herbst 2001 offenbar, eine neue Partei zu gründen und sich so ihren politischen Einfluss zu erhalten. Im Vorfeld hatte Kim Jong-pil bereits das Bündnis mit Kim Dae-jungs MDP aufgekündigt, als seine Abgeordneten für das Misstrauensvotum gegen Lim (s.o.) stimmten. Eine solche neue Partei der beiden Kim hätte zwangsläufig die bestehenden Parteien geschwächt, denn die beiden mächtigen Kim (Kim Young-sam im Südosten des Landes) hätten zweifellos relativ leicht Parlamentarier aus GNP und ULD abwerben können – Beispiele für solche

Aktionen gab es in der Vergangenheit genug (Sohn, a.a.O.), Lee Hoi-chang handelte also konsequent, als er die beiden ULD-Politiker in die GNP aufnahm. Ein risikoreiches Vorgehen aber auch, denn er verärgerte die beiden Kim, und sie machten deutlich, dass sie (vorläufig) einen denkbaren Kandidaten für die Präsidentschaft aus der GNP (also Lee Hoi-chang) nicht stützen würden. Kim Dae-jung, Kim Young-sam und Kim Jong-pil hatten 1987 in der ersten freien Präsidentschaftswahl gegeneinander kandidiert und so zu einer Stimmenzersplitterung beigetragen, die damals Roh Tae-woo den Sieg brachte. Die drei Kim („DJ“, „YS“, „JP“) werden bei den Wahlen 2002 entscheidenden Einfluss ausüben können; aber während DJ und YS nicht mehr Präsident werden können, hat JP offenbar noch immer nicht die Hoffnung aufgegeben (s.u.), doch noch einmal Präsident zu werden – statt, wie bisher immer, nur „zweiter Mann“ zu sein. JP war unter Park zweimal Regierungschef, einmal unter DJ; sein politisches Ziel, ein Kabinettsystem mit einem politisch entmachteten Präsidenten einzuführen, schien er längst aufgegeben zu haben, aber 2002 trat er wieder mit dieser Forderung an (s.u.). Der Streit um das Misstrauensvotum gegen Vereinigungsminister Lim (s.o.) war eher Ausdruck der Rivalität zwischen DJ und JP um die Führung des Wahlkampfes 2002 als eine Auseinandersetzung um die Nordkoreapolitik. Während Lee Hoi-chang einigermaßen glaubhaft machen kann, dass er gegen die traditionelle Regionenpolitik vorgehen will, ist jeder mögliche Präsidentschaftskandidat der Regierungspartei MDP auf die Unterstützung der beiden „Regionalpolitiker“ JP und YS angewiesen: Die Rede ist von Rhee In-je, der gute Chancen hat, als MDP-Kandidat aufgestellt zu werden; ohne die Hilfe von YS und JP könnte er jedoch nicht die Wahl gewinnen (Sohn, a.a.O.). So waren dennoch bereits Ende 2001 die beiden wichtigsten Gruppen für die Präsidentenwahlen 2002 namentlich bekannt: Die „Macher“, also DJ und YS mit dem Macher – und möglichen Kandidaten – JP, sowie die potenziellen Kandidaten im engeren Sinne: Lee Hoi-chang (GNP), Rhee In-je (MDP) und möglicherweise die Tochter des früheren Präsidenten Park Chung-hee, Park Geun-hye. Die Tochter des früheren starken Mannes Park Chung-hee ist in der GNP eine echte Herausforderung für Lee, da sie ihm den Nimbus des Siegers nehmen könnte; Lee hatte 2000 die GNP in den Parlamentswahlen zu einem überzeugenden Erfolg geführt. Park Geun-hye wäre die erste Frau, die sich ernsthaft um die Präsidentschaft bewirbt, als Tochter des früheren Präsidenten hat sie in der Region Taegu/Kyongbuk eine starke regionale Basis – sie könnte aus einer Kombination von „frischem Gesicht“ und „Park-Nostalgie“ eine gefährliche Herausforderung für Lee werden (*KN*, 12.1.2002: 15). Überdies ist Frau Park familiär verbunden mit Kim Jong-pil, und auch eine gewisse Annäherung an Kim Young-sam schien Mitte 2002 nicht unwahrscheinlich (*FEER*, 10.1.2002: 20/21).

Die Bündnisstrategien aller Parteien zeigten Anfang 2002, dass knapp ein Jahr vor den Präsidentenwahlen jede Parteienkoalition denkbar war, wenn sie nur einem der potenziellen Bewerber nützen würde: Rhee In-je hatte strikt jedes Bündnis mit kleineren Oppositionsparteien oder auch Teilen der MDP abgelehnt – er fürchtete um seine unangefochtene Kandidatur – aber ULD-Abgeordnete und MDP-Parlamentarier, die für ein Kabinettsystem eintreten (das zuerst Kim JP vorgeschlagen

hatte), drängten auf ein breites Bündnis (*KH/Internet*, 20.2.2002). Schließlich kam es zu einer Fusion zwischen ULD und der kleinen Democratic People's Party, nachdem die Vereinigung MDP/ULD gescheitert war; die neue Gruppe verfügte über 17 Sitze im Parlament (*Yonhap/Internet*, 1.2.2002). Gegenüber einer japanischen Zeitung hatte Kim Young-sam seinen entschiedenen Widerstand gegen ein parlamentarisches Kabinettsystem angekündigt, so dass jede Gruppe, die er beeinflussen konnte, dieser Art Bündnis ablehnend gegenüber stehen würde (*Nikkei*, 8.2.2002).

Innerhalb der MDP gab es Anfang 2002 sechs Bewerber, von denen damals Rhee In-je die besten Aussichten hatte, da er auf die Unterstützung regional ungebundener Wähler und junger Bürger rechnen konnte, zudem hatte er 1997 überraschend gut als Dritter im Rennen abgeschnitten (*KN*, 12.1.2002: 15). Die MDP beschloss im Januar 2002, dass auf einem Parteitag im April der gemeinsame Präsidentschaftskandidat der Partei nominiert werden sollte; alle Faktionen in der MDP fassten diesen Beschluss einstimmig ohne förmlichen Abstimmungsprozess. Der Beschluss wurde als Erfolg für Rhee In-je gewertet, der für eine frühe Entscheidung eingetreten war. Sein Hauptwidersacher war Hahn Hwa-kap, der innerhalb der Partei auf weiteren Zulauf hoffen konnte, wenn die Kandidatenentscheidung länger hinausgezögert worden wäre. Die MDP hatte zugleich Reformen bei der Kandidatenaufstellung beschlossen, die dem Vorbild des US-Systems nachgebildet waren, d.h. in neun Provinzen und sieben Metropolen Vorwahlen (Primaries) vorsahen. Wie vorgeschlagen worden war, sollte von den rund 70.000 Wahlberechtigten die Hälfte nicht der Partei angehören. Zugleich beschloss die MDP-Führung eine zwingende Trennung zwischen Präsidentschaft und Parteivorsitz; Kim Dae-jung hatte im November 2001 den Parteivorsitz niedergelegt, nachdem die MDP eine demütigende Niederlage in Nachwahlen hinnehmen musste. Die Reformmaßnahmen sehen aber vor, dass eine gleichzeitige Bewerbung um die Präsidentschaftskandidatur und den Parteivorsitz möglich ist; wenn ein Bewerber für beide Positionen die höchste Stimmenzahl erhält, wird der Zweitplatzierte Parteipräsident (*KN*, 12.1.2002: 12).

Eine Reihe von Skandalen, in die Mitglieder der Familie des Präsidenten unmittelbar verwickelt waren, veränderte die „Kandidatenlage“ radikal: Rhee In-je und Hahn Hwa-kap stürzten ab, weil Kim Dae-jungs „rechte Hand“, Manager der Kim-Faktion in der MDP, ins Visier der Staatsanwaltschaft geriet: Kwon Roh-kap galt als „Nummer 2“ und Schlüsselfigur hinter dem Präsidenten. Mit dem Sturz seiner Gruppe verlor die sog. „Donggyo-dong“-Faktion in der Partei schlagartig an Einfluss und damit alle treuen Kim-Anhänger, dagegen konnte Hahn Hwa-kap noch rechtzeitig Distanz zu Kim Dae-jung und seiner Gruppe gewinnen: Er wurde zum Parteichef gewählt, obwohl (oder gerade weil) er aus dem Rennen um die Präsidentschaftskandidatur ausgeschieden war. Im Frühjahr 2002 war die innerparteiliche Struktur der MDP geprägt von einer Hauptstromgruppe um Hahn und einer Reformgruppe um Roh Moo-hyun (*Yonhap/Internet*, 27.4.2002; *KH/Internet*, 3.5.2002).

Die Vorwahlen in den Gliederungen der MDP gingen mehrheitlich für Roh Moo-hyun aus, überraschend unterlag Rhee In-je in den meisten „Primaries“ seinem Herausforderer (*Yonhap/Internet*, 24.3.2002). Der Parteitag im April entschied sich schließlich für Roh Moo-hyun als Präsidentschaftskandidaten, nachdem er die Vor-

wahlen deutlich gewonnen hatte (*FT*, 30.4.2002). Roh stammt aus Pusan, wo er aber – im Gegensatz zu koreanischen Traditionen – offenbar keine unangefochtene Hochburg besitzt, denn vor zwei Jahren fiel er bei Parlamentswahlen dort durch. Andererseits kann er sich darauf berufen, dass mit ihm ein Kandidat erkoren wurde, der nicht dem üblichen regionalen Übergewicht der Cholla-Provinzen entspricht (*Economist*, 11.5.2002: 58). Rechtsanwalt Roh entstammt der Bürgerrechtsbewegung, die unter verschiedenen diktatorischen Präsidenten für einen Abzug der US-Truppen aus Südkorea eingetreten war. Den kompromisslos antiamerikanischen Kurs verfolgt der 55-jährige Roh heute nicht mehr, aber er hat auf dem Parteitag sehr wohl eine größere Distanz zu den USA angedeutet (*Frankfurter Allgemeine Zeitung/FAZ*, 7.5.2002). Die „Sonnenscheinpolitik“ Kims würde er vermutlich fortführen wollen, so dass diese versöhnliche Grundposition zum zentralen Wahlkampfthema im Gegensatz zur harten politischen Linie Lee Hoi-changs gegenüber Nordkorea werden dürfte. Daneben will Roh eine Behörde ins Leben rufen, die speziell die Lebensführung der Präsidentenfamilie überprüft und alle Bewerber für höchste Ämter wie Generalstaatsanwalt oder Minister „durchleuchtet“ (*KH/Internet*, 12.7.2002).

7 Probleme auch in der GNP

Das Verfahren zur Bestimmung des GNP-Kandidaten hat auch in den Reihen der größten Oppositionspartei Streit ausgelöst: Ursprünglich sollte ein Wahlmännergremium aus 45.000 Personen – davon ein Drittel keine Parteimitglieder – den Kandidaten nominieren. Dagegen opponierte besonders Frau Park (die Tochter des früheren Präsidenten), die ein Gremium aus 100.000 Personen, davon die Hälfte Nichtparteimitglieder verlangte; nach ihrer Auffassung würde ein Gremium der ersten Form nur automatisch Lee Hoi-chang nominieren. Ihr Parlamentskollege Kim Deong-ryong, der mit ihr die Minderheitsgruppe in der GNP-Fraktion führt, drohte sogar indirekt mit Austritt aus der Fraktionsgemeinschaft (*KH/Internet*, 20.2.2002).

Auch die GNP entschied sich für eine Trennung von Parteiführung und Präsidentenamt; Lee Hoi-chang gab im Januar 2002 bekannt, dass er seinen Parteivorsitz niederlegen werde, wenn er als Präsident gewählt würde. Zu jenem Zeitpunkt führte Lee in den Meinungsumfragen. Die Erklärung Lees verschärfte in der Partei den Widerstand der sog. Reformgruppe, die ihm vorwarf, er sei keineswegs bereit, den Vorsitz niederzulegen, vielmehr zeige sich sein autoritärer Führungsstil darin, dass er Vorwahlen nach US-Vorbild ablehne (*KN*, 26.1.2002: 12). Anfang Februar beschloss die Parteiführung, nach den Wahlen zum Amt des Staatspräsidenten das Amt eines Parteipräsidenten abzuschaffen und durch eine kollektive Führung zu ersetzen, an deren Spitze ein Vorsitzender treten würde (*Yonhap/Internet*, 1.2.2002). Im März legte Vizeparteipräsident Lee Bu-young aus Protest gegen den Führungsstil Lee Hoi-changs sein Amt nieder, er forderte nachdrücklich eine kollektive Führung. Präsident Lee gab schließlich nach und steuerte einen Kompromisskurs, um die innerparteiliche Einheit wieder herzustellen. Für den kommenden Parteitag kündigte

er seinen Rücktritt und die Bildung eines Führungsteams an (Yonhap/Internet, 20., 26.3.2002).

Im März 2002 verließ die Tochter des früheren Präsidenten Park Chung-hee, Park Geun-hye, die GNP und kündigte an, zusammen mit dem ehemaligen Ministerpräsidenten Lee Soo-sung eine neue Partei gründen zu wollen (Yonhap/Internet, 8.3.2002). Frau Park hatte nach der Ermordung der Präsidentengattin 1974 fünf Jahre lang als First Lady neben Park Chung-hee agiert. Sie dürfte zwar keine Chance haben, die Präsidentschaft zu gewinnen, aber ihr Schritt unterstrich die tiefe Spaltung auch im konservativen Lager, und es bestand durchaus Grund zu der Sorge, dass ihre Kandidatur die konservativen Stimmen spalten würde. Eine Umfrage vom Februar 2002 zeigte, dass Frau Park auf etwa ein Viertel dieser Stimmen zählen könnte, jedoch verwiesen Beobachter darauf, dass solche Stimmen eher eine Reverenz an ihren Vater wären, als ein Votum für ihre politische Zukunft (*FT*, 12.3.2002; *International Herald Tribune*/Internet, 22.4.2002). Am 17. Mai gab Frau Park die Gründung der Korea Coalition for the Future (KCTF) bekannt, die 100 Tage vor den Präsidentenwahlen einen Kandidaten/eine Kandidatin nominieren will (Yonhap/Internet, 17.5.2002).

Lee behielt schließlich doch die Oberhand in den Vorwahlen der GNP: Von 25.709 Stimmen von Parteimitgliedern und ausgewählten Bürgern, die nicht der Partei angehören, erhielt er 68%. So hat Lee, der 1997 nur knapp Kim Dae-jung unterlegen war, eine zweite Chance – seine Umfrageergebnisse sehen gegenüber Roh Moo-hyun von der MDP sehr gut aus, obwohl Roh im Mai anscheinend noch knapp führte – die Skandale um Präsident Kims Familie und die MDP haben diesen Vorsprung inzwischen aber längst eliminiert (*WSJ*/Internet, 9.5.2002; *NZZ*, 10.5.2002).

8 Kommunal- und Regionalwahlen Juni 2002

Alle Beobachter waren sich einig, dass die Kommunal- und Regionalwahlen als Test für die folgenden Präsidentenwahlen anzusehen waren. Zum dritten Mal in der koreanischen Geschichte wurden solche Wahlen abgehalten, sie waren erst 1995 eingeführt worden. Die beiden vorangegangenen Wahlen waren, ganz typisch für die politische Kultur Südkoreas, geprägt von Faktionskämpfen innerhalb der Parteien auf lokaler und regionaler Ebene, tendenzieller Bevorzugung einzelner Regionen und politischer Teilnahmslosigkeit der Wähler. Die Wahlen wurden zu dem erwarteten Rückschlag für die MDP: Der Präsidentschaftskandidat hatte noch vor den Kommunal- und Regionalwahlen angedeutet, seine Kandidatur könnte noch einmal überprüft werden, wenn die MDP im Südosten – also der Heimat Rohs – größere Einbußen erlitt (*FAZ*, 14.6.2002). Die Wahlbeteiligung lag bei nur knapp 40% der rund 34,7 Mio. Wahlberechtigten, die Fußball-Weltmeisterschaft überlagerte alle politischen Aktivitäten; 1998 hatten noch 52,7% der Wähler ihre Stimme abgegeben.

Zur Wahl standen 4.428 Kommunal- und Regionalabgeordnete, Bürgermeister und Provinzgouverneure. Im Einzelnen: sieben Bürgermeister von Metropolen, neun

Provinzgouverneure, 232 „Landräte“ sowie 4.180 Lokal- und Regionalabgeordnete (*KN*, 23.2.2002: 12). Im Brennpunkt stand natürlich der Kampf um das Amt des Bürgermeisters von Seoul, um das anfangs fünf Bewerber ins Rennen gingen. Besondere Aufmerksamkeit richtete sich auch auf die Provinzen der Chungcheong-Region, wo traditionell die ULD mit Kim Jong-pil ihre Hochburg hatte, hier musste sich zeigen, ob er noch immer seine „Festung“ verteidigen konnte. Die meisten Parteien hatten beschlossen, wie auch für die Kandidatenaufstellung bei den Präsidentschaftswahlen, für die Kandidatenkür in den Regional- bzw. Kommunalwahlen das US-amerikanische „Primary-System“ einzuführen (*KN*, 23.2.2002: 12).

Am 28. Mai mussten sich die Kandidaten für die Kommunal- und Regionalwahlen registrieren lassen, es bewarben sich im Schnitt je drei Kandidaten um ein Mandat bzw. einen Posten, der Wahltermin war der 13. Juni. Erstmals hatten die Wähler in diesen Wahlen zwei Stimmen, eine für ein Direktmandat und eine für die bevorzugte Partei, um ein Element von Verhältniswahl einzuführen. Erstmals auch mussten alle Kandidaten ihre persönlichen Vermögensverhältnisse offen legen sowie ihre militärische Laufbahn nachzeichnen. Die GNP trat mit dem Slogan „Verurteilt die korrupte Regierung!“ an, die MDP forderte „Reform fortsetzen?“ (*Yonhap/Internet*, 28.5.2002). Insgesamt 9.817 Kandidaten ließen sich eintragen, und alle beteiligten Parteien werteten die Wahl als Barometer für die Präsidentschaftswahlen im Dezember (*Yonhap/Internet*, 29.5.2002).

Für die MDP war der Start zwangsläufig schlecht: Ihre Klientel war praktisch kongruent mit den Fußballfans – und würde wohl im Zweifel nicht zur Wahl gehen, wenn ein wichtiges Spiel anstand. Die Opposition attackierte die MDP und natürlich auch Kim Dae-jung wegen Korruption, und die GNP musste sich ihrerseits von der Regierungspartei dubiose Zahlungen für stattliche Häuser, sexuelle Belästigung und für Korruption durch Oppositionspolitiker anfällige Söhne vorhalten lassen – der Wahlkampf versank rasch im Sumpf. Die Schmutzkampagnen deuteten letztlich darauf hin, dass beide großen Parteien, MDP und GNP, kaum wirklich scharfe programmatische Verschiedenheiten aufwiesen. Umkämpft war eigentlich nur die Region um Seoul (Kyonggi-do), die übrigen Regionen würden – wie gewohnt – entsprechend regionaler Grenzen abstimmen (*FT*, 12.6.2002).

Alle Medien beschworen Koreas Wähler ein letztes Mal, ihre Stimmen abzugeben, aber die Wahlen gingen in die Geschichte ein als die ersten, bei denen die Wahlbeteiligung unter 50% lag. Die jungen Fußballfans könnten letztlich die Wahlergebnisse entschieden haben, vor allem in Seoul war der MDP-Kandidat für das Bürgermeisteramt ein Favorit der Jungwähler (*KH/Internet*, 13.6.2002). Das Ergebnis war in der Tat eine Katastrophe für die MDP: Die GNP errang die Bürgermeisterposten sowie die Mehrheit der Kommunal- und Regionalparlamente in elf von 16 Großstädten und Provinzen, darunter erwartungsgemäß auch in Seoul sowie in Pusan. Auch die meisten der 232 politischen Verwaltungsposten in Kleinstädten fielen an die oppositionelle GNP, die Wahlbeteiligung lag bei 48%. Insgesamt 394 Kandidatinnen traten an, 142 von ihnen errangen ein Mandat. In Pusan wurden zwei Frauen auf den Posten von Bezirksbürgermeistern der Großstadt gewählt. Über die Liste erreichten 77 Frauen ein Mandat, während 1998 nur 58 Frauen erfolgreich waren (*KH/Internet*, 14.6.2002; *ST/Internet*, 15.6.2002; *FAZ*, 15.6.2002; *Yonhap/Internet*, 19.6.2002).

ISSN 1432-0142
ISBN 3-88910-281-6

Copyright Institut für Asienkunde
Hamburg 2002

Manuskriptbearbeitung: Vera Rathje
Satz und Textgestaltung: Siegrid Woelk
Gesamtherstellung: einfach-digital print edp GmbH, Hamburg

CIP-Titelaufnahme:

<p>Korea 2002. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft / hrsg. von Patrick Köllner. – Hamburg : IFA, 2002. – 305 S. ISSN 1432-0142 ISBN 3-88910-281-6</p>
--



VERBUND STIFTUNG
DEUTSCHES ÜBERSEE-INSTITUT
Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Das Institut für Asienkunde bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Afrika-Kunde, dem Institut für Iberoamerika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut in Hamburg.

Aufgabe des Instituts für Asienkunde ist die gegenwartsbezogene Beobachtung und wissenschaftliche Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Asien.

Das Institut für Asienkunde ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des jeweiligen Autors und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

Nähere Informationen zu den Publikationen sowie eine Online-Bestellmöglichkeit bietet die Homepage: www.duei.de/ifa.

Alle Publikationen des Instituts für Asienkunde werden mit Schlagwörtern und Abstracts versehen und in die kostenfrei recherchierbare Literaturdatenbank des Fachinformationsverbundes Internationale Beziehungen und Länderkunde (www.duei.de/dok) eingegeben.

Anfragen zur Asienliteratur richten Sie bitte an die Übersee-Dokumentation (Tel.: 040/42825-598 – Fax: 040/42825-512 – E-Mail: dok@duei.de).